

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 38

vom 21. September 2012
Redaktion: Katja Richardt

Bund

900. Sitzung des Bundesrates 3

Gesundheit und Verbraucherschutz

Fortschreibung des Hamburger Krankenhausplans bis 2015 7

Anlage zur Pressemitteilung.....10

Leben mit Demenz: Im Alltag dabeibleiben13

Perspektiven der Arbeitsmedizin im ZfAM.....14

Gleichstellung

Bundesrat beschließt Frauenquote für Aufsichtsräte15

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulsenator Ties Rabe übernimmt Spezialfahrzeuge für den Transport von
mobilitätseingeschränkten Menschen16

Gelebtes Europa im schulischen Alltag - H 2 wird Europaschule18

Inklusion: Hamburger Schulen zeigen wie es geht20

Wilhelmsburger Grundschule Fährstraße und der Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik
wollen gemeinsamen Schulversuch beantragen22

Jugendmusikschule Hamburg unterstützt Kooperation zwischen
Bundesjugendballett und Stadtteilschule Richard-Linde-Weg24

Umwelt

Gemeinsam für bessere Luft in Hamburg.....26

Klimaschutz in Kitas.....30

Wissenschaft und Forschung

Hamburg macht den Weg frei zu einem internationalen Zentrum für Strukturforschung31

Erster Spatenstich für den Erweiterungsbau des Kunst- und Mediacampus Hamburg33

Kultur

Edwin-Scharff-Preis 2012 geht an den Verein „Ort des Gegen“ zu Ehren von Annette Wehrmann34

Kulturbehörde würdigt Bedeutung des Reeperbahn Festivals35

Medien

Scholz gratuliert „Bundesverband Audiovisuelle Medien“ zu dessen 30-jährigem Bestehen37

Sport

Hamburger Paralympioniken im Rathaus39

Verleihung des Uwe-Seeler-Preises 2012 für vorbildliche Förderung des Jugendfußballs41

Internationale Bauausstellung

Investor für IBA-Projekt „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ steht fest.....43

20.9.2012/br20

An der 900. Sitzung des Bundesrates am 21. September 2012 nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 93 Punkte.

Hamburger Initiative: Mehr Frauen in Führungspositionen

Der Hamburger Senat will mehr Frauen in Führungspositionen bringen. Der Gesetzesentwurf Hamburgs zur Einführung einer gesetzlichen Geschlechterquote für die Besetzung von Aufsichtsräten steht an diesem Freitag im Bundesrat zur Abstimmung. Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen sollen künftig zu mindestens 40% mit Frauen besetzt sein. „Der Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der Wirtschaft ist immer noch viel zu gering. Freiwillige Lösungen, wie die von Familienministerin Schröder vorgeschlagene Flexiquote, werden uns nicht weiterbringen. Dies lehren uns die Erfahrungen der vergangenen Jahre“ begründet **Justizsenatorin Jana Schiedek** den Hamburger Vorschlag zur Einführung einer verbindlichen Quote. Rückenwind erhält die Initiative aus Brüssel – erst vor wenigen Tagen hat Justizkommissarin Viviane Reding einen Richtlinienentwurf in die Ressortabstimmung gegeben, der das gleiche Ziel verfolgt – ebenfalls mit einer Quote von 40 %. Der Hamburger Gesetzesentwurf sieht für sämtliche börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen eine Geschlechterquote vor. Sie soll in zwei Stufen eingeführt werden. In der ersten Stufe, die zum 1. Januar 2018 in Kraft treten soll, beläuft sich die Quote auf 20%. In der zweiten Stufe, die 2023 in Kraft treten soll, soll eine gesetzliche Mindestquote von 40% gelten. Derzeit liegt der Anteil weiblicher Führungskräfte in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen in Deutschland nur bei etwas über 10%. Eine im Jahr 2001 zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft geschlossene Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen erhöhte den Anteil nicht merklich. Gesetzliche Geschlechterquoten gelten zum Beispiel bereits in Norwegen, Spanien, Frankreich, Belgien und Italien.

Hamburg will Bleiberechte stärken

Hamburg bringt eine Initiative in den Bundesrat ein, um die Bleiberechte insbesondere junger Menschen, die einen erfolgreichen Schul- oder Berufsabschluss in Deutschland erworben haben oder in Deutschland erfolgreich die Schule besuchen, zu stärken. **Bürgermeister Olaf Scholz wird diese Gesetzesinitiative für ein verbessertes Bleiberecht im Bundesrat vorstellen.** Bisher stehen einem Bleiberecht erfolgreicher junger Menschen in Deutschland erhebliche bürokratische Hürden gegenüber. So müssen die Betroffenen in Deutschland geboren oder vor Vollendung des 14. Lebensjahres eingereist sein, sich seit mindestens sechs Jahren in Deutschland aufhalten und hier mindestens sechs Jahre erfolgreich eine Schule besucht haben, sowie den Bleiberechtsantrag nach Vollendung des 15. Lebensjahres und vor Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt haben. **Innensenator Michael Neumann:** „Wir wollen insbesondere jungen Menschen eine faire Lebensperspektive eröffnen. Erfolgreiche Ausbildungsleistungen verdienen es, anerkannt zu werden. Vor allem für junge Menschen sollen sich solche Leistungen lohnen. Kinder sollen nicht die Fehler ihrer Eltern ausbaden müssen. Wir wollen, dass Menschen, die in unserer Gesellschaft angekommen sind, auch bei uns bleiben können.“ Darüber hinaus

soll – unabhängig vom Alter – auch in sonstigen Fällen einer nachhaltigen Integration ein Bleiberecht geschaffen werden, wenn die Betroffenen nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland (Familien mit minderjährigen Kindern nach sechs Jahren, Alleinstehende nach acht Jahren) ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig sichern können, über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen und ihren Mitwirkungspflichten bei der Klärung ihrer Identität und Herkunft nachkommen. Straftäter bleiben von dieser Regelung ausgeschlossen.

Bundesregierung schlägt falschen Weg bei Wissenschaftsförderung ein

Der Bundesrat berät in einem ersten Durchgang über einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, mit dem die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Wissenschaftsprojekten im Hochschulbereich erleichtert und das sogenannte Kooperationsverbot gelockert werden soll. Die **Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt**: "Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung geht in die falsche Richtung. Die aktuellen Herausforderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich unseres Landes können damit nicht bewältigt werden. Was wir brauchen, ist eine kluge Strategie von Bund und Ländern für die Zukunft der Hochschulen in Deutschland. Das heißt vor allem: eine echte Förderung der Hochschulen und nicht Rosinenpickerei nach Gutdünken des Bundes. Es ist außerdem erforderlich, auch den Bildungsbereich jenseits der Hochschulen zu unterstützen." Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung benötigt eine 2/3 Mehrheit in Bundesrat und Bundestag, da er das Grundgesetz ändern soll. Eine solche Mehrheit ist durch die breite Ablehnung der Länder nicht in Sicht. Die Länder kritisieren insbesondere, dass der Gesetzesentwurf sich darauf beschränkt, durch eine Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes künftig neben der Förderung von Vorhaben auch eine Förderung von Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen zu ermöglichen. Dieser Vorschlag sieht damit nicht vor, dass Bund und Länder in der Breite im Hochschulbereich zusammenwirken können. Vielmehr zielt er darauf ab, ausschließlich bereits jetzt exzellente Einrichtungen zu fördern, ohne dies näher zu definieren. Der Bildungsbereich jenseits der Hochschulen bleibt ausgeklammert, wie beispielsweise die Stärkung der Integrationspolitik durch Bildung, die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung oder den weiteren quantitativen und qualitativen Aufbau von Ganztagschulen. Aus Sicht der Länder müssen neue Wege der Zusammenarbeit gefunden werden, die insbesondere dauerhafte Finanzhilfen auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern ermöglichen. Dies wird nur im Konsens zwischen Bund und Ländern möglich sein, der mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf nicht erreicht wird.

Bundesrat gegen häufigere Kfz-Hauptuntersuchungen

Die EU legte einen Vorschlag zur Änderung der Kraftfahrzeugüberwachung vor, der insbesondere beinhaltet, dass die Prüfhäufigkeit für alte Autos erhöht werden soll. Die erste Prüfung für Pkw soll demnach nach vier Jahren erfolgen, die nächste nach zwei Jahren und dann soll eine jährliche Überprüfung Pflicht werden. Bei einer Fahrleistung von mehr als 160.000 km nach vier Jahren soll danach gleich der jährliche Rhythmus eingeführt werden. Dem Bundesrat liegt hierzu eine Stellungnahme vor, diese Änderung abzulehnen, die Hamburg unterstützt.

Länder kritisieren Reform des Meldewesens und wollen Vermittlungsausschuss anrufen

Hamburg und weitere Länder beantragen die Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor einer unkontrollierten Weitergabe ihrer Meldedaten. Mit der geplanten Reform des Meldewesens will die Bundesregierung erstmals bundeseinheitlich und unmittelbar geltende Vorschriften für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die mit dem Vollzug des Melderechts befassten Behörden schaffen. Das Meldewesen soll als zentraler Dienstleister für die Bereitstellung von Daten an den privaten und öffentlichen Bereich ausgestaltet werden. Im gemeinsamen Antrag von Nordrhein-Westfalen, Hamburg und weiteren Länder zum neuen Meldegesetz wird die Möglichkeit der Weitergabe der Daten zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels kritisiert. Die Länder fordern, dass die Auskunftstelle ausdrücklich erklären soll, die Daten nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels zu verwenden, wenn die betreffende Person dem nicht zustimmt.

Bundesrat berät Entwurf zur Neufassung des Energie- und Stromsteuergesetzes

Der Gesetzentwurf beinhaltet eine Nachfolgeregelung für die energie- und stromsteuerlichen Vergünstigungen in Sonderfällen (so genannter „Spitzenausgleich“) für Unternehmen des produzierenden Gewerbes ab dem 1. Januar 2013 für weitere 10 Jahre. Verändert werden sollen sich die Anforderungen an die Unternehmen, die die Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen wollen. So müssen sie künftig die Energieeffizienz erhöhen und Energiemanagement- oder Umweltmanagementsysteme verbindlich einführen und betreiben, um beim Spitzenausgleich berücksichtigt zu werden. Das bedeutet, dass diese Unternehmen ihren Energieverbrauch systematisch erfassen und in einem strukturierten Prozess Einsparpotenziale ermitteln müssen. Ziel ist, die dadurch aufgedeckten Einsparpotenziale von den Unternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu nutzen. Dem Bundesrat liegen mehrere Anträge zu diesem Gesetzentwurf vor. Insbesondere steht ein Hamburger Antrag zur Abstimmung, der die Einführung regelmäßiger Energiemessungen unter Verwendung geeigneter Kennzahlen sowie die Überprüfung des Energiemanagementsystems durch eine unabhängige Stelle fordert.

Reform des Sorgerechts: Bundesrat will Schutz des Kindeswohls sicherstellen

Der im Juli von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzesentwurf zur Sorgerechtsreform soll im Bundesrat nachgebessert werden. Nach dem Entwurf sollen grundsätzlich beide Elternteile die Sorge gemeinsam tragen – solange das Kindeswohl dem nicht entgegensteht. Damit werden die Rechte unverheirateter Väter gestärkt, die bislang keine Möglichkeit hatten, gegen den Willen der Mutter ein gemeinsames Sorgerecht durchzusetzen. Diesen Zustand hatten sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als auch das Bundesverfassungsgericht beanstandet. Mit Länderanträgen soll sichergestellt werden, dass die Möglichkeiten lediger Väter, das Sorgerecht zu erlangen, verbessert werden, gleichzeitig aber das Kindeswohl im Verfahren ausreichend berücksichtigt wird.

Piraterie - endlich besserer Schutz für deutsche Seeschiffe

Deutschland ist als Schifffahrtsnation besonders von den Gefahren der modernen Piraterie betroffen. Hamburg als größte deutsche Hafenstadt und wichtiger Reedereistandort hat im Bundesrat zuletzt im März 2012 darauf hingewiesen, dass zügig eine nationale Regelung geschaffen werden muss, damit der rechtssichere Einsatz von privaten Bewachungsunternehmen auf unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen möglich wird. Neben dem Einsatz der Bundeswehr in besonders gefährdeten Gebieten hat sich die Präsenz von bewaffneten Sicherheitskräften als gute Option zum Schutz von Schiff und Mannschaft vor Piratenangriffen erwiesen. Der vorliegende Gesetzentwurf soll nunmehr ein Zulassungsverfahren für private Bewachungsunternehmen schaffen und sicherstellen, dass die Unternehmen und ihr Personal die für diese sensible Aufgabe notwendige Qualifikation und Zuverlässigkeit besitzen. Hamburg hat zu dem Vorschlag der Bundesregierung detaillierte Änderungsvorschläge vorgelegt, die vor allem sicherstellen sollen, dass bis zum Vollzug dieser Neuregelung keine „Sicherheitslücke“ für die Reedereien entsteht und die zudem den Verwaltungsvollzug optimieren.

Erleichterung für die Einrichtung von Kindergärten vorgeschlagen

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat Vorschläge zur Änderung des Baugesetzbuches vorgelegt. Insbesondere soll mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf die Innenentwicklung in Städten und Gemeinden gestärkt werden. Er beabsichtigt eine Fokussierung der städtebaulichen Entwicklung vorrangig auf Maßnahmen in den Innenstädten und Ortskernen. Auf diese Weise soll die Inanspruchnahme von Flächen auf der „Grünen Wiese“ möglichst vermieden werden. Hamburg hat dabei beantragt, die Rechtsstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern, in dem die bisherige enge Regelung für die Größe von Kinderbetreuungseinrichtungen in bestimmten Wohngebieten praxistauglicher gestaltet wird.

Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung

Der Bundesrat berät über das Pflege-Neuausrichtungsgesetz, zu dem Hamburg gemeinsam mit anderen Ländern beantragen wird, den Vermittlungsausschuss anzurufen, da die Bundesregierung mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz hinter den Erfordernissen für eine Reform der Pflegeversicherung und den Erwartungen der Pflegebedürftigen und den pflegenden Angehörigen zurückbleibt. Die erforderliche Neuausrichtung der Pflege zur Lösung der Probleme der demografischen Entwicklung wird erneut verschoben. Auch wenn einzelne im Gesetzentwurf enthaltene Maßnahmen richtig sind, fehlt ein Gesamtkonzept für die zukünftige Pflege. Stattdessen werden die geringen Leistungsverbesserungen für Menschen mit Demenz lediglich als Übergangsregelung vorgesehen und ihre Finanzierung ist lediglich bis 2015 gewährleistet. Was danach geleistet und finanziert wird, bleibt unregelt. Die Demenzzkranken und deren Angehörige erhalten somit keine gesicherte und nachhaltige Verbesserung der pflegerischen Versorgung. Anstatt die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung nachhaltig zu sichern sieht die Bundesregierung lediglich einen Zuschuss von höchstens fünf Euro monatlich für eine freiwillige private Pflege-Zusatzversicherung vor. Eine solche Förderung ist für Familien mit geringen Einkommen nicht ausreichend, führt zu Mitnahmeeffekten und fördert lediglich die Versicherungswirtschaft. Hamburg fordern daher gemeinsam mit anderen Ländern eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzentwurfs bzw. zumindest die Streichung der privaten Zusatzversicherung, eine Klarstellung zur ortsüblichen Arbeitsvergütung und Änderung zum Wahlrecht bei den Betreuungsleistungen.

Klare Sicht für Verbraucher bei der Geldanlage

Geht es nach dem Willen der Europäischen Union, werden Verbraucher künftig einheitlich, kurz und bündig über die Chancen und Risiken von Geldanlagen informiert. Die hierfür vorgesehenen Basisinformationsblätter müssen dem privaten Anleger rechtzeitig vor Vertragsabschluss durch den Verkäufer des Anlageprodukts – also beispielsweise eine Bank oder einen Fondsvermittler – kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Pflicht soll für alle sogenannten „ummantelten“ Anlageprodukte gelten. Hierunter fallen insbesondere die für Privatanleger wichtigen Produkte wie Investmentfonds sowie fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen. Auch mit Blick auf die in zivilrechtlichen Auseinandersetzungen wichtigen Haftungsregelungen, sieht der Vorschlag verbraucherfreundliche Korrekturen vor. Kann der private Anleger nachweisen, dass ihm im Vertrauen auf die Richtigkeit des Basisinformationsblatts ein Verlust entstanden ist, soll der Anbieter des Anlageprodukts beweisen müssen, dass das Informationsblatt im Einklang mit den neuen Vorgaben steht.

Europaweit einheitliche Regelungen für Versicherungsvermittler

Mit der aktuellen Überarbeitung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung werden auch in diesem Bereich der Finanzbranche die bereits existierenden Regelungen mit Blick auf einen verbesserten Verbraucherschutz angepasst und europaweit vereinheitlicht. Entsprechend gilt die Richtlinie für alle Arten des Vertriebs, unabhängig davon, ob die Versicherungsprodukte über Banken, den Direktvertrieb oder über das Internet verkauft werden. Insbesondere ist vorgesehen, dass Versicherungsvermittler ihre Kunden über Art und Höhe der beim Verkauf eines Produktes anfallenden Provision informieren müssen. Ebenfalls weiter gefasst wird der Anwendungsbereich der Richtlinie: so erstreckt er sich künftig auch auf die sogenannten „Annexversicherungen“. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um Reiserücktrittsversicherungen, die im Zusammenhang mit der Buchung einer Reise abgeschlossen werden oder die zum Mietwagen „mitgebuchte“ Vollkaskoversicherung.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

19. September 2012/bgv19

223 zusätzliche Betten für Hamburger Krankenhäuser -Fast jeder dritte Patient kommt aus dem Umland

**Fortschreibung des Hamburger Krankenhausplans bis 2015 –
Erprobung eines innovativen Versorgungsmodelles Psychiatrie**

Kürzere Liegedauer, aber mehr Patientinnen und Patienten: In Hamburger Kliniken steigt der Bedarf an Betten. Zwar ist die Verweildauer in den Krankenhäusern mit Ausnahme der Kinderheilkunde in allen Fachgebieten zurückgegangen, insgesamt muss das Versorgungsangebot in den Krankenhäusern aber an den gestiegenen Bedarf angepasst werden. Im Vergleich zu 2007 wurden 2011 über 58.000 vollstationäre Fälle mehr behandelt. Dafür werden jetzt 223 Betten mehr in den Krankenhausplan aufgenommen. Die Auslastung der Kliniken ist auch darin begründet, dass immer mehr Menschen aus dem Umland die gute medizinische Versorgung in den Kliniken der Stadt nutzen. Rund 30 Prozent der Patientinnen und Patienten in den Hamburger Kliniken kommen von außerhalb. Mit dem Krankenhaus Jerusalem wird zudem ein Krankenhaus in den Plan aufgenommen, das bisher nur von den Krankenkassen über einen sogenannten Versorgungsvertrag anerkannt war.

Auch der Bedarf in der psychiatrischen Versorgung steigt stetig. Um nicht nur mit vollstationären Kapazitätserweiterungen zu reagieren, wurde zwischen dem größten Hamburger Anbieter für psychiatrische Krankenhausleistungen, der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, den Krankenkassen und der BGV vereinbart, modellhaft neue teilstationäre Versorgungsangebote in besonders betroffenen Stadtteilen zu schaffen, damit Betroffene zeit- und wohnortnah die notwendigen Hilfen erhalten. Dies schließt außerhalb des Regelungsbereiches der Krankenhausplanung ein, dass an diesen neuen Standorten ambulante psychiatrische Versorgung angeboten werden kann.

„Während in anderen Ländern eher ein Abbau von Krankenhauskapazitäten stattfindet, reagieren wir in Hamburg mit zusätzlichen Betten auf die hohe Anziehungskraft der Gesundheitsmetropole“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Aber nicht in allen Fachgebieten sind mehr stationäre Betten die Lösung. Gerade bei psychischen Erkrankungen ist eine wohnortnahe ambulante Versorgung, insbesondere für die kontinuierliche Behandlung sehr wichtig. Es freut mich, dass gerade die Versorgung von Betroffenen in den sozial schwächeren Stadtteilen künftig durch neue teilstationäre Angebote mit kurzen Wegen sichergestellt wird. Diese Versorgung kann dazu beitragen, dass Klinikaufenthalte vermieden oder zumindest verkürzt werden, da eine optimale Nachsorge gesichert ist. Die Erkrankten

bleiben in ihrem vertrauten sozialen Umfeld, was weniger einschneidend als eine stationäre Behandlung ist. Hamburg ist mit diesem Modell Vorreiter für andere Metropolen.“

Prof. Dr. Fokko ter Haseborg, erster Vorsitzender der HKG: „Wir begrüßen, dass das Wachstum unserer Gesundheitsmetropole sich erneut in zusätzlichen Kapazitäten unserer Krankenhäuser widerspiegelt. Der stark wachsende Bedarf an psychiatrischer und psychosomatischer Versorgung der Bevölkerung stellt außergewöhnliche Anforderungen an alle Akteure. Das in diese Zwischenfortschreibung eingeflossene innovative Modell kann nur als eine ergebnisoffene Erprobung verstanden werden. Dieses Modell stellt aus Sicht der Krankenhausgesellschaft kein Präjudiz für zukünftige Versorgungsentscheidungen dar. Neue oder erweiterte vollstationäre Versorgungs- und Spezialangebote in der Psychiatrie oder Psychosomatik müssen bedarfsabhängig auch zukünftig realisiert werden.“

„Die Krankenkassen und Krankenkassenverbände in Hamburg sowie der Verband der privaten Krankenversicherung e.V. begrüßen die Zwischenfortschreibung als Schritt in die richtige Richtung, um die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen durch mehr teilstationäre Behandlungsangebote zu verbessern und keine weiteren Krankenhausbetten aufzubauen“, so **Kathrin Herbst, Leiterin der Landesvertretung Hamburg des Verbands der Ersatzkassen e. V. (vdek).**

Ziel der einvernehmlich zwischen der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft, den Krankenkassenverbänden und der Gesundheitsbehörde beschlossenen Zwischenfortschreibung 2012 des Krankenhausplans 2015 ist es, das aktuelle Leistungsgeschehen in den Hamburger Krankenhäusern abzubilden und erforderliche Veränderungen in die Wege zu leiten.

Trotz des sehr guten ambulanten Versorgungsangebotes ist die Inanspruchnahme der Hamburger Krankenhäuser in 2011 weiter gestiegen. Waren es in 2007 noch 406.278 vollstationär versorgte Fälle, waren es 2011 bereits 464.700. Hinzukommen ambulant und teilstationär in Tageskliniken versorgte Patientinnen und Patienten. Insgesamt zeigt sich ein vollstationärer Anstieg um 3,6% gegenüber 2010. Die stärksten Zunahmen verzeichnen die Geriatrie (12%), die Neurologie (5,8%) und die psychiatrischen Fachgebiete (6 bis 8%).

In der Geriatrie werden mit 77 die meisten Betten zusätzlich genehmigt. Danach folgen die Chirurgie mit 30 sowie die Gynäkologie mit 19 zusätzlichen Betten. Im der Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde werden hingegen mit einem Minus von 13 die größte Zahl an Betten abgebaut. Neu in die Krankenhausplanung aufgenommen wird das Krankenhaus Jerusalem/Mammazentrum mit 30 Betten, das letzte Hamburger Krankenhaus, das bisher nur einen separaten Versorgungsvertrag mit Krankenkassen hatte.

Die medizinische Versorgung der psychisch kranken Menschen in Hamburg soll ergänzend durch vernetzte Versorgungsformen, vorwiegend im tagesklinischen Bereich sicher gestellt werden. Zentren für „Seelische Gesundheit“ mit Psychiatrischen Tageskliniken sind mit jeweils 20 Plätzen vorgesehen in den

Tageskliniken Steilshop/Barmbek der Asklepios Klinik Nord, in Jenfeld/Horn der Asklepios Klinik Nord, in Osdorf/Lurup des Asklepios Westklinikums und in Neugraben/Fischbek der Asklepios Klinik Harburg. Weitere neue Plätze entstehen in der Tagesklinik für Gerontopsychiatrie im UKE (Zehn Plätze), der Tagesklinik Mümmelmannsberg (Zehn Plätze), der Gerontopsychiatrie im Albertinen-Krankenhaus (Fünf Plätze), der neuen Tagesklinik Kinder- und Jugendpsychiatrie der AK Harburg in Osdorf (Zehn Plätze) sowie der Tagesklinik Psychosomatik in der Schön Klinik Eilbek (18 Plätze). Krankenkassen und Asklepios werden zudem alternative, versorgungsebenen-übergreifende und leistungsorientierte Vergütungssysteme im Bereich der psychiatrischen Versorgung entwickeln.

Die Beteiligten der Krankenhausplanung werden die Auswirkungen und den Erfolg der Versorgungsentscheidungen weiter engmaschig beobachten und diskutieren.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. September 2012

Anlage zur Pressemitteilung

Fortschreibung des Hamburger Krankenhausplans bis 2015

Änderungen im Überblick (somatische und psychiatrische Fachgebiete)

Krankenhaus	Planbetten vollstationär		Teilstationäre Beh.Plätze	
	Ist 01.01.12	Soll 01.01.13	Ist 01.01.12	Soll 01.01.13
Somatische und psychiatrische Fachgebiete gesamt				
Universitätsklinikum HH-Eppendorf	1.278	1.345	121	131
Asklepios Klinik St. Georg	637	665	67	67
Asklepios Klinik Barmbek	674	691	6	6
Schön Klinik Eilbek	703	679	85	88
Asklepios Klinik Altona	715	739	10	10
Asklepios Klinik Harburg	777	774	88	118
Asklepios Klinik Nord	1.100	1.100	149	183
<i>Asklepios Klinik Nord – Ochsenzoll</i>	<i>990</i>	<i>990</i>	<i>129</i>	<i>143</i>
<i>Asklepios Klinik Nord - Wandsbek</i>	<i>110</i>	<i>110</i>	<i>20</i>	<i>40</i>
Asklepios Wandsbek	536	545	20	20
Bundeswehrkrankenhaus HH	127	136		0
Albertinen-Krankenhaus	608	630	55	65
Altonaer Kinderkrankenhaus	180	180	16	21
Ev.Amalie-Sievekling-Krankenhaus	274	295	20	20
Berufsgen.-Unfall-Krankenhaus	236	238		0
Asklepios Westklinikum Hamburg	440	473	113	133
Ev. Krankenhaus Alsterdorf	217	219	30	43
Bethesda Krankenhaus Bergedorf	333	332	40	50
Israelitisches Krankenhaus	158	146		0
Kath. Kinderkrankenhaus Wilhelmstift	195	192	39	39
Agaplesion Diakonieklinikum HH	360	370	20	20
Krankenhaus Jerusalem		30		0
Helios Mariahilf Klinik HH	169	168		0
Krankenhaus Tabea	70	75		0
Katholisches Marienkrankenhaus	539	572	28	28

Facharztambulanz Hamburg	90	65		0
Wilhelmsburger KH Groß Sand	205	207	20	20
Endo-Klinik Hamburg	250	224		0
Klinik Dr.Guth	65	60		0
Praxisklinik Mümmelmannsberg	25	15	20	30
Asklepios Kl. Eimsbüttel CardioCliniC	25	25		0
Praxisklinik Bergedorf	17	16		0
Psychiatrische Tagesklinik HH-Mitte			26	26
Krankenhaus Großhansdorf	102	111		0
Psychiatrisches Zentrum Rickling	16	16		0
Heinrich-Sengelmann Krankenhaus	81	81		0
Fachambulanz Bokholt	23	23		0
Universitäres Herzzentrum GmbH	185	196		0
Gesamt	11.410	11.633	973	1.118

Planbetten Ist 2012 und Soll 2013

Fachgebiet	Planbetten	
	Ist 01.01.2012	Soll 01.01.2013
Augenheilkunde	174	164
Chirurgie*	2.662	2.692
Gynäkologie und Geburtshilfe	569	588
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	294	281
Haut- und Geschlechtskrankheiten	96	96
Innere Medizin	2.860	2.955
Geriatric	887	964
Kinderheilkunde inkl. Kinderchirurgie	587	580
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	76	72
Neurochirurgie	205	211
Neurologie	575	585
Nuklearmedizin	14	9
Strahlenheilkunde	60	62
Urologie	303	333
Schwerpunkte	312	309
Summe somatische Fachgebiete	9.674	9.901
Kinder- und Jugendpsychiatrie	157	153

Psychiatrie- und Psychotherapie	1.417	1.417
Psychosomatik	162	162
Summe psychiatrische Fachgebiete	1.736	1.732
Summe gesamt	11.410	11.633

*inkl. Herzchirurgie, Plastische Chirurgie und Orthopädie

Für den Hintergrund

Bei **Belegkrankenhäusern** handelt es sich um Krankenhäuser, die über Betten verfügen, die von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten für die stationäre Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten genutzt werden. Dadurch bleibt die Behandlungskontinuität ambulant/stationär gewahrt und ermöglicht eine kontinuierliche Behandlungs- und Versorgungskette.

Eine **PIA** bietet ambulante Krankenhausleistungen der psychiatrischen Fachkrankenhäuser und psychiatrischen Abteilungen, die gem. § 118 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung ermächtigt sind. Dieses Konzept stellt praktisch eine integrierte Versorgungsform dar, ist aber nicht auf bestimmte Diagnosen festgelegt oder beschränkt. Daneben hat die PIA das Ziel, stationären Behandlungen zu vermeiden oder zu verkürzen.

20. September 2012 /bgv20

Leben mit Demenz: Im Alltag dabeibleiben **Gesundheitsbehörde will Landesinitiative anregen und koordinieren**

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hat die Spitzen von Kranken- und Pflegekassen, Ärzteschaft, Krankenhäusern, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen ins Rathaus eingeladen und über eine bessere Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen beraten. Auf Anregung der Senatorin wurde eine Hamburger Initiative ins Leben gerufen, um für Menschen mit Demenz das Leben im Alltag zu erleichtern.

„Viele Bürgerinnen und Bürger und viele Institutionen leisten bereits jetzt einen Beitrag, damit das Leben auch mit Demenz lebenswert bleibt“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Wir möchten die Anstrengungen auf diesem Gebiet koordinieren und verstärken. Deshalb haben wir heute die Landesinitiative „Leben mit Demenz“ auf den Weg gebracht. Die Initiative soll allen, die schon aktiv sind oder es werden wollen, einen Rahmen bieten, in dem Ideen und Aktivitäten vorgestellt, koordiniert und unterstützt werden können.“

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft erklärt zum Welt-Alzheimerstag (21. September): Menschen mit und ohne Demenz begegnen sich zunehmend im Alltag. Dieses Zusammenleben kann positiv gestaltet werden - wenn das Krankheitsbild bekannt ist, Menschen mit Demenz trotz ihrer Krankheit ernst genommen werden und wenn ihnen und ihren Angehörigen mit Aufmerksamkeit, Wertschätzung und der notwendigen Geduld begegnet wird. Hier setzt die Hamburger Landesinitiative an.

In Hamburg leben schätzungsweise rd. 25.000 Menschen mit mittelschwerer oder schwerer Demenz. Die Zahl wird mit dem demografischen Wandel weiter steigen. Für 2025 wird von rund 31.000 Erkrankten ausgegangen. Wie eine Analyse von Versichertendaten ergab, ist das Lebenszeitrisko an Demenz zu erkranken sehr hoch: 2009 waren 29 Prozent der Männer und 47 Prozent der Frauen in ihrer letzten Lebensphase demenzzkrank. Gerade im Frühstadium wird der Alltag dadurch zur Last, dass neue Technik nicht mehr verstanden wird, z.B. Fahrscheinautomaten, oder dass sich bei zunehmender Vergesslichkeit die Erkrankten aus angestammten Gruppen, z.B. Chören oder Sportgruppen zurückziehen.

Im Rahmen der Landesinitiative soll es verschiedene themenbezogene Arbeitsgruppen geben, die bis Mitte 2013 Vorschläge entwickeln. Bis Ende 2014 ist dann die Umsetzung vorgesehen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

21. September 2012/bgv21

Perspektiven der Arbeitsmedizin im ZfAM

Symposium anlässlich der Emeritierung von Prof. Dr. med. Baur

Das Hamburger Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist mit seiner einzigartigen Verbindung von Arbeits- und Schifffahrtsmedizin das größte universitäre arbeitsmedizinische Forschungsinstitut in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 stand es unter der Leitung von Prof. Dr. med. Xaver Baur, der die organisatorische Verbindung der beiden Bereiche eingeleitet hat. Anlässlich seiner Emeritierung referierten heute renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem Symposium über „Perspektiven der Arbeitsmedizin“.

„Prof. Dr. Baur steht stellvertretend für die Bedeutung des Instituts, dessen Aktivitäten von der fachspezifischen Beratung Hamburger Betriebe über die Lehre am UKE bis hin zur fundierten Präventionsforschung reichen. Unter seiner Führung wurden im ZfAM anwendungsorientierte wissenschaftliche Themen aufgegriffen, die mit Hamburger Arbeitsplätzen in Verbindung stehen. Ich danke Prof. Baur für dieses langjährige Engagement“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Für die Stadt mit einem der bedeutendsten Häfen in Europa hat Maritime Medizin mit großem wissenschaftlichem Renommee eine lange Tradition und einen hohen Stellenwert.“

Das durch die Verknüpfung mit dem Ordinariat für Arbeitsmedizin in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Eppendorf von der BGV betriebene Institut hat in den letzten Jahren den Weg auf die Ebene der internationalen Wissenschaft und Gesundheitsprävention gefunden. Es ist WHO-Collaborating Centre und in diversen internationalen Forschungszusammenhängen tätig. Zu den Forschungsschwerpunkten gehören die gesundheitlichen Bedrohungen durch den globalisierten Warenverkehr, berufsbedingtes Asthma, asbestbedingte Erkrankungen und Stress in der Seeschifffahrt und an Land.

Anlässlich der Emeritierung von Prof. Dr. Baur bereicherten Prof. Dr. med. Gine Elsener (Frankfurt), Prof. Dr. med. Ulrich Bolm-Audorff (Darmstadt), Prof. Dr. med. Dennis Nowak (München), Prof. Dr. med. Hans-Joachim Weitowitz (Gießen) sowie Prof. Dr. med. Sherwood Burge (Birmingham) mit ihren Vorträgen das Symposium, das mit einem feierlichen Abschied ausklang.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

21. September 2012/bjg21

Bundesrat beschließt Frauenquote für Aufsichtsräte

Hamburger Gesetzentwurf erfolgreich

Der Bundesrat hat Hamburgs Gesetzentwurf zur Einführung einer verbindlichen Geschlechterquote beschlossen. Aufsichtsräte börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen sollen künftig zu mindestens 40% mit Frauen und Männern besetzt sein.

„Ich freue mich über die parteiübergreifende Unterstützung für unseren Gesetzentwurf. Es hat sich ausgezahlt, dass wir die Kritik an vergangenen Entwürfen aufgegriffen und einen ausgewogenen Gesetzentwurf vorgelegt haben. Jetzt ist der Bundestag am Zug. Die Quote muss zügig umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat zu lange vergeblich auf Freiwilligkeit gesetzt“, sagte **Justiz- und Gleichstellungsministerin Jana Schiedek**.

Bürgermeister Olaf Scholz: "Die erfolgreiche Hamburger Initiative zur Gleichstellung von Frauen ist ein Erfolg der Ministerin Schiedek. Mit ihrer Initiative sind wir in Deutschland endlich einen Schritt weiter gekommen. Es ist gut, dass ein solcher Fortschritt bei der Gleichstellung von Frauen möglich ist. Und es ist gut, dass er nicht durch parteipolitische Debatten aufgehalten wurde."

Nach dem Gesetzentwurf wird die Geschlechterquote in zwei Stufen mit einer Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2023 eingeführt. Dies soll den Unternehmen ausreichend Zeit geben, Frauen zielgerichtet zu fördern. Verstoßen Unternehmen gegen die Vorgaben können sie die gesamte Vergütung ihrer Aufsichtsratsmitglieder nicht steuerlich absetzen. Zusätzlich müssen sie über den Frauenanteil in ihren Führungsgremien und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben berichten. Diese Angaben werden regelmäßig veröffentlicht.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

17. September 2017/bsb17

Schulsenator Ties Rabe übernimmt Spezialfahrzeuge für den Transport von mobilitätseingeschränkten Menschen

Schulsenator Ties Rabe hat heute in der Mercedes Benz-Niederlassung Wandsbek drei neue Spezialfahrzeuge für den Transport von mobilitätseingeschränkten Menschen übernommen. Mit den neuen Schulbussen im Wert von rund 200.000 Euro werden Kinder und Jugendliche zu Kitas und speziellen Sonderschulen befördert. Insgesamt sind täglich rund 180 Fahrzeuge im Auftrag der Schulbehörde im Einsatz und bringen rund 2.800 Schülerinnen und Schüler an ihre schulische oder vorschulische Bildungseinrichtung.

Schulsenator Ties Rabe: „Für den Kita- und Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen mit eingeschränkter Mobilität ist eine gut funktionierende Beförderung von ihrem Zuhause zur Schule und zurück unabdingbar. Ich freue mich daher, dass wir jetzt neue und moderne Spezialfahrzeuge übernehmen können, die diesen Transport erleichtern.“

Die Schulbehörde organisiert für rund 2.800 mobilitätseingeschränkte Menschen die tägliche Beförderung, davon werden etwa 200 Kinder in Kindertageseinrichtungen, etwa 1.900 Kinder in Schulen und rund 700 Personen in Tagesförderstätten gefahren. Bei den Schulen handelt es sich um Schulen für Körperbehinderte, Schulen mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte, Bildungszentrum für Hören und Kommunikation, Sprachheil- und Förderschulen, Integrationsschulen, berufliche Schulen und Sonderschulen in Freier Trägerschaft. Im Auftrag der Schulbehörde sind täglich rund 180 Fahrzeuge im Einsatz, die bei karitativen Verbänden und privaten Fahrdiensten angemietet werden. Die Zentrale Fahrbereitschaft der Schulbehörde selbst verwaltet drei eigene Spezialfahrzeuge und einen Schulbus mit vier Schulbusfahrern.

Zwei der drei neuen Fahrzeuge ersetzen die behördeneigenen Schulbusse, die an den Schulen für Körperbehinderte Tegelweg und Hirtenweg stationiert sind, das dritte Fahrzeug fährt für die Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung Weidemoor und dient als Ersatzfahrzeug. Eingesetzt werden die Fahrzeuge für die tägliche Beförderung von Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen vom Wohnort zur Schule und zurück. Außerdem werden die Fahrzeuge von den Schulen für Therapiefahrten, Exkursionen, Klassenreisen und Fahrten zu Praktika eingesetzt.

Ausstattung und technische Daten der Fahrzeuge

Die Ausstattung der neuen Basisfahrzeuge entspricht dem Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkinder besonders eingesetzt werden. Die spezielle Innenausstattung der Fahrzeuge sowie die Absenktechnik und Einfahrrampe für die Beförderung behinderter Menschen in Rollstühlen entspricht der DIN 75078 Teil 1 und Teil 2 „Behindertentransportwagen – Kraftfahrzeuge zur Beförderung mobilitätsbehinderter Personen“.

Darüber hinaus sind die Fahrzeuge ausgestattet mit:

Rückhaltesysteme für die Beförderung von Rollstuhlfahrer, Einzelbestuhlung mit integrierten Dreipunktgurtsystem, Automatikgetriebe, Luftfederung, Airbag für Fahrer und Beifahrer, automatisches

Tagfahrlicht, Klimaanlage, Heizung für den gesamten Fahrgastraum, beheizbare Außenspiegel, Radio, Rückfahrkamera, Navigationsgerät, Multifunktionslenkrad, Bluetooth-Freisprecheinrichtung

Technische Daten zu den Fahrzeugen:

Fahrzeugtyp: Mercedes Benz 513 CDI Sprinter, Randstand 4325 mm, Farbe. Weiß, Viertakt-Dieselmotor, die Motorausführung entspricht der EURO Norm V. Ein Fahrzeug kostet rund 65.000 EUR – für die drei Fahrzeuge betragen die Gesamtkosten somit knapp 200.000 Euro. Im kombinierten Verkehr soll der CO Ausstoß 225 g/km betragen.

Fotos der Übergabe können gerne zur Verfügung gestellt werden. Bitte senden Sie eine Mail an pressestelle@bsb.hamburg.de.

Für Rückfragen der Medien:

Daimler AG, Mercedes-Benz Niederlassung Hamburg Benedikt Suwelack Leiter Marketing/Kommunikation Tel. (040) 69 41-1111 E-Mail: benedikt.suwelack@daimler.com Internet: www.daimler.com	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

18. September 2012/bsb18

Gelebtes Europa im schulischen Alltag - H 2 wird Europaschule

Die Berufliche Schule Am Lämmertmarkt (H 2) ist die erste berufsbildende „Europaschule“ Hamburgs. Schulsenator Ties Rabe gratuliert: „Vier der rund 400 Hamburger Schulen durften bislang den Titel „Europaschule“ führen. Nun wird als fünfte Schule zum ersten Mal eine berufsbildende Schule dabei sein: Die Berufliche Schule Am Lämmertmarkt. Ich gratuliere Ihnen herzlich zu diesem Prädikat, denn: Zu welcher berufsbildenden Schule könnte es wohl besser passen als zur H 2 – der einzigen Berufsschule für den Außenhandel in ganz Deutschland?“

Die internationale Ausrichtung hat an der H 2 Tradition. Europatag, „Wege ins Ausland“ und „Europa macht Schule“, Leonardo da Vinci-Programme, Comenius-Projekte – das Spektrum der Aktivitäten ist groß. Neben der Berufsschule für den Außenhandel stehen auch das Institut für Außenhandel, das Wirtschaftsgymnasium und die Nachqualifikation für Migrantinnen und Migranten an der H 2 für Internationalität und kulturelle Heterogenität. Beide Aspekte sind im Leitbild der H 2 fest verankert und somit inhaltlicher und atmosphärischer Bestandteil des Schullebens. Dazu gehören bilinguale Lerneinheiten und ein großes Fremdsprachenangebot.

Senator Ties Rabe:

„Dass Europa ihr Thema ist, stellt die H 2 seit Langem unter Beweis:

- indem sie Europa-Themen im Unterricht aufgreift,
- indem sie das Profil „Wirtschaft und Internationalität“ lebt,
- indem sie erfolgreich an Comenius- und Leonardo-Projekten teilnimmt,
- und indem sie junge Migrantinnen und Migranten nachqualifiziert.

Das hat auch die Jury beeindruckt. Und das verdient eine für Berufliche Schulen bislang einmalige Auszeichnung!“

Der Titel wird am 18. September im Rahmen einer Lernortkooperation verliehen. Ein passender Anlass, wie **Schulleiter Thomas Kafitz** meint: „Dies ist eine gute Gelegenheit, uns bei Betriebsvertretern aus dem Außenhandel, Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden, Lehrerinnen und Lehrern für die Unterstützung unseres Profils „Wirtschaft und Internationalität“ zu bedanken.“

Motiviert durch die vielfältigen positiven Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre bewarb sich die Berufliche Schule Am Lämmertmarkt im Sommer 2012 um die Anerkennung als Europaschule. Unter dieser „Marke“ wird die internationale Ausrichtung der Schule zukünftig noch sichtbarer werden. Sie verdeutlicht das Interesse und Engagement von Schülerinnen und Schülern, Betrieben, Auszubildenden und Lehrkräften für ein gelebtes Europa.

Für Rückfragen der Medien:

Berufliche Schule Am Lämmertmarkt (H2)

Nicola Bieberich, Abteilungskordinatorin

Tel. (040) 428 86 17 21

E-Mail: nicola.bieberich@hibb.hamburg.de

www.laemmermarkt.hamburg.de

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 42863-2842

E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

19. September 2017/bsb19a

Inklusion: Hamburger Schulen zeigen wie es geht

Drei Hamburger Schulen stellen sich und ihr innovatives Schulleben auf dem diesjährigen Ganzttagsschulkongress in Berlin vor und erwarten prominenten Besuch sowohl aus der Hamburger als auch bundesweiten Bildungslandschaft.

Die GBS-Pilotschule Hasenweg (Sasel), die Clara-Grunwald-Schule (Allermöhe) und die Erich-Kästner-Schule (Farmesen-Berne) stellen sich am 21. und 22. September auf dem diesjährigen Ganzttagsschulkongress der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) in Berlin vor. Dieser steht unter dem Motto „Bildung für mehr! Ganzttagsschule der Vielfalt“ und ist bundesweit die größte Veranstaltung für alle, die sich in der Ganzttagsschulentwicklung engagieren.

Die Erich-Kästner-Schule und die Clara-Grunwald Schule arbeiten seit Jahren erfolgreich inklusiv und wurden bereits für den Deutschen Schulpreis nominiert. Die Schule Hasenweg gehört zu den ersten Schulen in Hamburg, die nach dem neuen Konzept „Ganztägige Bildung und Betreuung (GBS)“ mit der Arbeit begonnen haben. Auf dem Ganzttagsschulkongress werden die drei Hamburger Schulen einen Einblick geben, wie sie in ihrem Arbeitsalltag der Vielfalt von Kindern und Jugendlichen gerecht werden und ihre Konzepte Dr. Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Hamburgs Schulsenator Ties Rabe und Dr. Heike Kahl, der Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, vorstellen.

In Hamburg sind die ausstellenden Schulen auch durch ihren Einsatz im Netzwerk Hamburger Hospitationsschulen bekannt (www.hospitationsschulen.li-hamburg.de). Die Erich-Kästner-Schule zeichnet sich aus durch individualisiertes und kompetenzorientiertes Lernen in einem ganzheitlichen Lernkonzept. Die Clara Grunwald Schule arbeitet bereits seit Jahren in heterogenen, altersgemischten Lerngruppen und mit dem „Index für Inklusion“. Für beide Schulen ist Inklusion schon lange kein Fremdwort mehr, sondern gelebte Realität.

Unterstützt werden sie – wie alle Hamburger Schulen - durch die Serviceagentur Ganztägig Lernen Hamburg, einer Kooperation zwischen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg im Rahmen des Programms „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“. Teil des Schulentwicklungsprogramms ist der jährlich stattfindende Ganzttagsschulkongress, der vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung veranstaltet wird. Ziel des diesjährigen Kongresses ist es, den Blick für das aktuell diskutierte Thema Inklusion weiter zu öffnen und zu zeigen, dass Inklusion weit mehr ist als das Lernen von Schülern, Kindern oder Jugendlichen mit oder ohne besonderen Förderbedarf. Nähere Informationen finden Sie unter: www.ganztaegig-lernen.de

Für Rückfragen der Medien:

Serviceagentur Ganztägig Lernen Hamburg Tilman Kressel Tel. (040) 428 842 654 E-Mail: tilman.kressel@li-hamburg.de Internet: www.hamburg.ganztaegig-lernen.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

19. September 2012/bsb19b

Wilhelmsburger Grundschule Fährstraße und der Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik wollen gemeinsamen Schulversuch beantragen

Die staatliche Grundschule Fährstraße und der Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik wollen voraussichtlich zum Schuljahr 2014/15 einen Schulversuch an der Wilhelmsburger Ganztagsgrundschule beantragen. Ziel ist es, die vorteilhaften Aspekte der beiden pädagogischen Grundausrichtungen der Waldorf-Pädagogik und des Ganztagsangebots der Grundschule zu verbinden. Bildungsorientierte Familien, die mehr und mehr in den aufstrebenden Stadtteil ziehen, sollen an diesen Schulstandort gebunden und so eine soziale Separierung verhindert werden.

Vorbild im Stadtteil für die Kooperation war die Elbinselschule (ehem. Schule Buddestraße), die 2008 auf Basis eines Vertrages mit dem Schulverein Elbinselschule e.V. gegründet wurde (Bildungszentrum Tor zur Welt, Profilschwerpunkte Kunst und Musik, Englisch immersiv sowie Natur und Umwelt).

Die Grundschule Fährstraße führt bislang drei parallele Klassen pro Jahrgang. Durch die zusätzlichen Kinder aus der Waldorf-Initiative Wilhelmsburg ist ein Ausbau auf vier Züge vorgesehen. Es wird aber keine separaten Klassen mit besonderem Profil sondern gemischte Klassen geben. Waldorfpädagogen sollen in das Kollegium der Fährstraße integriert werden, sodass die Lehrkräfte gemeinsam in den Klassen arbeiten können.

Peter Albrecht, Pressesprecher der Schulbehörde: "Es geht nicht darum jetzt eine staatliche Waldorfschule zu gründen oder die Ideologie von Rudolf Steiner in staatliche Unterrichtspraxis zu überführen. Aber wir wollen Elemente der Waldorfpädagogik integrieren, die allseits akzeptiert sind: Der ganzheitliche Ansatz, der sowohl die kognitiven (intellektuellen) als auch die emotionalen und handwerklich-künstlerischen Aktivitäten im Unterricht zusammenführt, ist wegweisend. Die künstlerisch-musische Ausrichtung soll im Mittelpunkt stehen. Wir haben den Eindruck, dass die Beteiligten sorgfältig und vernünftig zusammenarbeiten und auf einem guten Weg zu einer erfolgreichen Kooperation sind. Jetzt beginnt ein intensiver Abstimmungsprozess, mit dem Ziel ein konkretes Unterrichts- und Schulprofil zu erarbeiten."

Albert-Schweitzer-Schule hat bereits seit 1950 Waldorfausprägung

Vorbild der neuen Kooperation kann auch die Albert-Schweitzer-Schule (Ohlsdorf) sein, die bereits vor 62 Jahren mit einer starken Waldorfausprägung an den Start gegangen ist. Die Schulgründerin Erna Stahl war damals stark von freiheitlichen-, sozialdemokratischen- und Waldorf-Elementen geprägt.

Noch heute beginnt jeder Tag an der Albert-Schweitzer-Schule mit der Morgenfeier und danach folgt der Unterricht in Epochen, der in seinen Inhalten immer im Spagat steht zwischen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen und staatlichen Rahmenplänen.

Schulleiter Olaf Pahl achtet bei Einstellungen von Lehrern darauf, dass sie neben den staatlichen Examina möglichst auch eine Waldorfflehrerausbildung haben: „ Gut 20 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an der Albert-Schweitzer-Schule sind neben ihrer staatlichen Ausbildung auch ausgebildete Waldorfflehrer.“

Weitere Informationen

Grundschule Fährstraße: www.schulefaehrstrasse.de

Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik: www.waldorfwilhelmsburg.de

Albert-Schweitzer-Schule: www.albert-schweitzer-schule.hamburg.de

Elbinselschule: www.elbinselschule.de

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

21. September 2012/bsb21

Jugendmusikschule Hamburg unterstützt Kooperation zwischen Bundesjugendballett und Stadtteilschule Richard-Linde-Weg

Heute fällt der Startschuss für eine besondere Kooperation des kreativen Austausches zwischen Tanz und Schule: das Bundesjugendballett und die Stadtteilschule Richard-Linde-Weg (Lohbrügge) beginnen mit einem »Kunstüberfall« unter der Leitung von Yohan Stegli in den Klassenstufen 9 bis 13 ein Projekt, das im Januar 2013 in einer Projektwoche mit abschließender gemeinsamer Aufführung seinen Höhepunkt findet. Das Projekt wird ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der Hamburger Lions Clubs. Die Staatliche Jugendmusikschule Hamburg unterstützt das Projekt mit einer Lehrkraft.

Durch die Initiative von acht Hamburger Lions Clubs und dem Deutschen Schauspielhaus erhielt John Neumeier, Chefchoreograf und Intendant des Hamburg Ballett, erstmalig den mit 15.000 Euro dotierten Gustaf Gründgens-Preis (gesponsert von der Mercedes – Benz Niederlassung in Hamburg) für seine Verdienste für die Kultur in Hamburg. Der Erlös der Benefiz-Veranstaltung, die am 22. April 2012 im Rahmen einer Ballett-Matinee im Deutschen Schauspielhaus stattfand, wurde hälftig geteilt zwischen dem Deutschen Schauspielhaus und den Lions. Der Anteil der Lions wurde für die Arbeit des Bundesjugendballetts gespendet.

Die **Staatliche Jugendmusikschule Hamburg** ist die mit Abstand größte schulische Einrichtung für Kinder und Jugendliche in Hamburg. Die Musikschule ist ein Ort des musikalischen und persönlichen Lernens und des Miteinander-Musizierens und erreicht insgesamt etwa 14.000 Schüler mit den unterschiedlichsten Angeboten, sowohl im Musikunterricht in der Jugendmusikschule, als auch im Rahmen von Schulkooperationen. Die Stadtteilschule Richard-Linde-Weg ist eine dieser Kooperations-Schulen. Frau Franzen-Wilk, Lehrkraft der Jugendmusikschule und als Dozentin für Tanz an der Schule Richard-Linde-Weg tätig, wird in Absprache mit dem Bundesjugendballett einzelne Teile des Projektes gestalten und betreuen.

Die **Stadtteilschule Richard-Linde-Weg** in Lohbrügge schaut dem »Kunstüberfall« in den Klassen 9 bis 13 durch die Tänzer des Bundesjugendballetts mit Spannung entgegen. Das gemeinsame Projekt stellt für die Schülerinnen und Schüler einen Höhepunkt des aktuellen Schuljahres dar und setzt die Entwicklung

eines kulturellen Schwerpunktes im Schulprofil fort. Die Schüler verfügen bereits über vielfältige künstlerische und kreative Erfahrungen aus ihrem Unterricht in Musik, Darstellendem Spiel oder Tanz sowie aus vergangenen Bühnenprojekten, die einen festen Teil der Schulkultur darstellen.

Für Rückfragen der Medien:

Staatliche Jugendmusikschule Hamburg Nadine Hellriegel, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Tel. (040) 42801-4215 (Zentrale: -4141) Mobil (0175) 4801303 E-Mail: Nadine.Hellriegel@bsb.hamburg.de Internet: www.jugendmusikschule-hamburg.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

18. September 2012/bsu-bwvi18

Senat, Handelskammer, Handwerkskammer und Hamburger Hafen:

Gemeinsam für bessere Luft in Hamburg

Als eine neue Maßnahme zum Luftreinhalteplans wurde heute die „Partnerschaft für Luftgüte und schadstoffarme Mobilität“ zwischen Hamburger Wirtschaft - vertreten durch die Handelskammer Hamburg und die Handwerkskammer Hamburg - und Hamburger Senat - vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation – zur Verbesserung der Luftqualität vereinbart. Ziel der Partnerschaft ist es, insbesondere Unternehmen für die Thematik Luftreinhaltung und schadstoffarme Mobilität zu sensibilisieren und sie bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zu beraten.

Die ersten 13 Unternehmen sind heute der Partnerschaft beigetreten und erklären ihre Absicht, ihren Beitrag zur Reduzierung der verkehrsbedingten Luftschadstoffe zu leisten.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Wir wollen sauberere Autos auf die Straße bringen und mehr Hamburgerinnen und Hamburger zum Umstieg auf Bus, Bahn und Fahrrad motivieren. Das geht nur, wenn alle an einem Strang ziehen und deswegen freut mich das Engagement der Kammern und Unternehmen in der Luftgütepartnerschaft. Nur mit diesem freiwilligen Engagement für einen bessere Luft können wir die notwendigen Innovationen und den wichtigen Bewusstseinswandel auf allen Ebenen vorantreiben.“

Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Frank Horch: „Wir müssen im eigenen Interesse und im Interesse zukünftiger Generationen dafür sorgen, dass eine gute Luftqualität langfristig erhalten bleibt oder dort, wo es sie nicht mehr gibt, wiederhergestellt wird. Einen bedeutenden Beitrag kann der Verkehrssektor leisten, hier wird ein großer Anteil der Schadstoffe emittiert. Unternehmen, die durch ein betriebliches Mobilitätsmanagement dazu beitragen, den durch sie erzeugten Verkehr ökologisch effizient abzuwickeln, sind ein vorbildliches Beispiel für die Verbindung von Ökonomie und Ökologie.“

Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer Hamburg: „Wir als Initiatoren wollen die Rahmenbedingungen für schadstoffarme Mobilität in Unternehmen und durch Firmen und deren Kunden verbessern. Daher werden wir Betriebe und Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Luftreinhaltung weiter sensibilisieren. Außerdem weiten wir unsere Beratungsangebote im Bereich des betrieblichen Mobilitätsmanagements, zum Beispiel im Rahmen der UmweltPartnerschaft Hamburg, aus und führen – analog zum Umweltsiegel für Taxen – ein Umweltsiegel für die Kurier-, Express- und

Paketdienste ein. Unsere Handelskammer wird außerdem eine breit angelegte Potenzialstudie zur Nutzung von Elektromobilität in der Hamburger Wirtschaft durchführen.“

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg: „Wir setzen damit ein Signal für eine bessere Luftqualität in Hamburg. Wir wollen noch viele weitere Unternehmen motivieren, sich anzuschließen. Wir setzen uns beispielsweise dafür ein, den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr, das Fahrrad oder das Carsharing zu fördern. Auch der Einsatz von Elektro-Fahrzeugen muss ein Thema sein. Ich selbst habe heute das erste E-Mobil für mein Unternehmen bekommen. Und als Handwerkskammerpräsident kündige ich an: Ich werde persönlich dafür werben, dass die E-Mobilität im Handwerk zu einem wichtigen Faktor wird. Zunächst möchte ich 1.000 Absichtserklärungen von den Betrieben sammeln, die nach Klärung der Rahmenbedingungen hoffentlich zu 1.000 oder mehr Bestellungen werden. Das wäre nicht nur für die Luftgüte der Stadt wichtig, sondern ist für die Betriebe auch wirtschaftlich interessant.“

Wichtiger Bestandteil der Partnerschaft ist die Mitarbeitermobilität. Die Unternehmen wollen Anreize für die Belegschaft zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder des Fahrrades auf dem Weg zur Arbeit schaffen. Die Unternehmen, die die Luftgütepartnerschaft unterschrieben haben, wollen ihren Fuhrpark zügig mit besonders schadstoffarmen Fahrzeugen erneuern. Neben modernen Schadstoffklassen EURO-5 und EURO 6 wollen sie bei der Beschaffung besonders auch Fahrzeuge mit alternativen Antrieben wie Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge berücksichtigen. Weitere Tipps für Unternehmen sind auf der Homepage der Partnerschaft zu finden unter: <http://www.hamburg.de/luftreinhaltung>



Landstrom für Kreuzfahrtschiffe kommt

Der Senat will die Emissionen von Kreuzfahrtschiffen im Hafen Hamburg deutlich reduzieren. Nach Untersuchung u. a. der technischen Machbarkeit, zur Wirtschaftlichkeit und zu den möglichen Umweltentlastungen legt der Senat heute die Ergebnisse vor. Der Senat sieht sowohl den Einsatz von Power-Bargen, d. h. Leichtern mit oder ohne eigenen Antrieb, die mit mobilen Kraftwerken bestückt sind, als auch die Errichtung einer stationären Landstromversorgung als Lösungswege an. Bis Ende des Jahres wird geklärt, wie die Lösung im Hamburger Hafen konkret aussehen wird.

Die Untersuchungen des Senats zum Landstrom zeigen, dass die Versorgung der Kreuzfahrtschiffe mit elektrischer Energie technisch machbar ist. Sowohl in Altona als auch in der HafenCity ist es möglich, eine stationäre Landstromversorgung einzurichten. In beiden Fällen muss dafür ein Anschluss an das städtische 10 kV-Netz wie auch weitere Infrastruktur (insb. Frequenzwandler und Transformatoren) geschaffen werden. Alternativ zur stationären Energieversorgung aus dem städtischen Netz ist der Einsatz von mobilen Power-Bargen eine Option.

Viele Kreuzfahrtschiffe sind bereits für die Nutzung von Landstrom vorbereitet, müssen allerdings noch mit weiterer bordseitiger Technik ausgerüstet werden. Der dafür zugrunde zu legende Standard wurde in diesem Jahr veröffentlicht und stellt sicher, hier keine Insellösungen zu schaffen. Schiffe werden dann in den Häfen, die nach diesem Standard ausgerüstet sind, vergleichbare technische Bedingungen vorfinden. Das ist ein wichtiger Aspekt für die Wettbewerbsfähigkeit.

Der Senat begrüßt es, dass AIDA Cruises schon ab 2013 erste Schiffe mit externem Strom versorgen will. Hierzu wurde kürzlich ein Konzept von Becker Marine Systems (BMS), der Schramm-Gruppe und AIDA Cruises vorgestellt. Die Fragen der Genehmigungsfähigkeit des vorgestellten „LNG-Hybrid-Barge“-Konzeptes werden derzeit intensiv geprüft. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation wird, soweit rechtlich möglich, die Umsetzung dieses Konzeptes flankieren. Senator Frank Horch sagt dazu ergänzend: „Diese erfreuliche Entscheidung ist ein deutlicher Beleg für die wachsende Bedeutung von Umweltaspekten in der Kreuzschiffverkehrsbranche. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das positive Wachstum der Anläufe von Kreuzfahrtschiffen im Hamburger Hafen mit einer Minimierung der Emissionsbelastung zu verbinden.“

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation wird zudem gemeinsam mit der Umweltbehörde einen Umsetzungsplan für Bau und Betrieb einer stationären Landstromanlage für Kreuzfahrtschiffe am Kreuzfahrtterminal Altona erarbeiten und bis Dezember vorlegen. Altona ist aufgrund der nautischen Situation und der leistungsstarken Terminalinfrastruktur für eine stationäre Landstromanlage besonders interessant. Eine stationäre Landstromanlage am Kreuzfahrtterminal HafenCity kann zwar beide

Liegeplätze bedienen, dies ist jedoch nicht gleichzeitig möglich. Das heißt, sind beide Liegeplätze belegt, kann nur ein Schiff während der Liegezeit Landstrom beziehen.

Die Auswirkungen einer Versorgung mit Landstrom auf die Immissionssituation der Luftschadstoffe sollen darüber hinaus durch ein eigenes Gutachten im Detail noch untersucht werden. Nur so können verlässliche Aussagen zur Verringerung von Stickoxid-, Schwefeldioxid-, Kohlendioxid- und Feinstaub-Belastungen getroffen werden.

Die Reduzierung der Emissionen von Kreuzfahrtschiffen während ihrer Liegezeit im Hamburger Hafen soll möglichst zügig und mit einem möglichst wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel erreicht werden. Die LNG-Hybrid-Barge von BMS und AIDA Cruises wäre eine mögliche Lösung, die vorbehaltlich der Genehmigungsfähigkeit voraussichtlich ohne Einsatz öffentlicher Mittel der Stadt auskommt. Der Einsatz einer stationären Landstromanlage ist mit Kosten in Höhe von rd. 9 Mio. € (am Kreuzfahrtterminal Altona) verbunden. Ein Finanzierungskonzept in öffentlich-privater Partnerschaft wird derzeit erarbeitet.

Die Reduzierung der von Kreuzfahrtschiffen verursachten Emissionen im Hafen ist ein erstes Etappenziel. Langfristig sollen die Emissionen des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen insgesamt gesenkt werden. Daher ist es auch erforderlich, Lösungen für die Emissionsreduktion von Containerschiffen im Hafen zu entwickeln, die den größten Anteil am Schiffsverkehr in Hamburg stellen. Hamburg möchte auch in dieser Entwicklung eine führende Rolle einnehmen und beteiligt sich an dem Pilotprojekt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Regierung der VR China zur Durchführung einer „Green Shipping Line“, bei dem Schiffe in Shanghai und Hamburg Landstrom beziehen sollen.

In den kommenden Jahren wird der Hamburger Hafen zudem von neuen internationalen Regelungen zu Schiffsemissionen profitieren. Dadurch wird z. B. der Einsatz von LNG und Abgasreinigungstechnologien nicht nur für Kreuzfahrtschiffe interessant.

Über die öffentliche Auslegung der 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes beschließt der Hamburger Senat am 25. September.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner (040)428.40-32 49, pressestelle@bsu.hamburg.de.

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation; Helma Krstanoski (040)42841-1326; pressestelle@bwvi.hamburg.de

19. September 2019/bsb19

Klimaschutz in Kitas Neues Energiesparprojekt für Kitas startet im Oktober

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ schrieb Erich Kästner. Deshalb wird in den Hamburger Schulen nicht nur im Unterricht über den Klimaschutz geredet, sondern er wird auch im Schulalltag gelebt. Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte machen das Licht aus, lüften im Winter kurz und kräftig, und der Hausmeister achtet zum Beispiel auf die richtige Einstellung der Heizung. Schätzungsweise 11.000 Tonnen klimaschädliches CO² werden dadurch pro Jahr weniger in die Atmosphäre geblasen. Das lohnt sich auch für die Schulen, denn die Hälfte der durch ihre Aktivitäten eingesparten Energiekosten erhält jede Schule von der Schulbehörde zur freien Verfügung erstattet. Bei großen und klimaschutzerfahrenen Schulen können da schon mal über 20.000 Euro pro Jahr zusammenkommen. Insgesamt werden über 1,5 Millionen Euro pro Jahr ausgeschüttet.

„fifty/fifty“ heißt dieses Konzept und soll jetzt unter dem Titel „fifty/fifty-junior“ in die Kindertagesstätten getragen werden, denn das Thema Klimaschutz wird die heutigen Kinder aller Voraussicht nach ihr Leben lang begleiten, und man kann deshalb nicht früh genug damit anfangen. Finanziert wird das Vorhaben für drei Jahre von der „Klimaschutzinitiative“ des Bundesumweltministeriums (BMU) und von der Leitstelle Klimaschutz bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU).

Die Teilnahme ist freiwillig und steht allen Kitas offen. Das Projektteam kommt zur Energie-Beratung ins Haus, bietet Fortbildungen zum Thema an und berechnet einmal im Jahr die Entwicklung des Energieverbrauchs und die erzielten Einsparungen. Das alles gibt es kostenlos und unverbindlich.

Mehr Informationen dazu gibt's im Rahmen der Hamburger Klimawoche (24. – 30. Sept. in der Hafencity), und zwar am Mittwoch und Donnerstag ab 16 Uhr an Bord der „-Greundiek“ (im Traditionsschiffhafen am Sandtorkai), im Internet unter www.fiftyfifty-hamburg.de oder direkt beim Projektteam Tel. (040) 42863 – 4959, - 4963.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung	Behörde für Schule und Berufsbildung
Hartwig Cordts, Projekt fifty/fifty	Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 42863-4959	Tel: (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: hartwig.cordts@bsb.hamburg.de	E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de ,
Internet: www.fiftyfifty-hamburg.de	Internet: www.hamburg.de/bsb

18. September 2012/bwf18

Hamburg macht den Weg frei zu einem internationalen Zentrum für Strukturforschung

Senat schafft Voraussetzungen für die Gründung eines neuen Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie (MPISD)

Der Senat hat heute die Voraussetzungen zur Etablierung eines Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie, MPISD (Arbeitstitel) geschaffen. Damit ist eine richtungweisende Entscheidung für den Wissenschaftsstandort Hamburg getroffen. Aus dem erfolgreichen trilateralen Kooperationsprojekt *Center for Free-Electron Laser Science* (CFEL) von Universität Hamburg, DESY und Max-Planck-Gesellschaft heraus soll die Forschung mit Synchrotronstrahlung sowie mit Freie-Elektronen Lasern (FEL) weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, Hamburg als internationales Zentrum für Strukturforschung zu etablieren.

Die wissenschaftspolitische Richtungsentscheidung des Senats und die noch erforderliche Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft schaffen die Voraussetzung für die Aufnahme des Gründungsverfahrens bei der Max-Planck-Gesellschaft sowie für eine daran anschließende Befassung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), die der Gründung eines Max-Planck-Instituts (MPI) und dessen Aufnahme in die überregionale Finanzierung der Bund-Länder-Gemeinschaft zustimmen muss.

Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz**: „Der Senat hat heute einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einem neuen Max-Planck-Institut für den Campus Bahrenfeld getan. Ich freue mich, dass die Gespräche mit der Max-Planck-Gesellschaft diesen Schritt ermöglicht haben. Hamburg steht schon heute exzellent in der physikalischen Grundlagenforschung da. Das hat zuletzt die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern gezeigt. Das neue Max-Planck-Institut würde Hamburgs internationale Kompetenz auf diesem Gebiet eindrucksvoll untermauern und Hamburg als Wissenschaftsstandort weltweit noch sichtbarer machen.“

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Die vom Senat mit Nachdruck verfolgte Etablierung eines Max-Planck-Instituts auf dem Campus Bahrenfeld wäre ein historischer Moment für die Wissenschaft in Hamburg, der vom Stellenwert mit der Errichtung einer neuen staatlichen Hochschule vergleichbar ist. Das neue Institut würde die erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der physikalischen Strukturforschung noch einmal maßgeblich vorantreiben. Hamburg ist hier bereits heute hervorragend aufgestellt mit dem Exzellenzcluster ‚Hamburg Centre for Ultrafast Imaging – CUI‘, einem Forschungsverbund von Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Hamburg, dem DESY, der Max-Planck Gesellschaft, dem CFEL, dem European X-Ray Free-Electron Laser (European XFEL) sowie weiterer Einrichtungen.“

Ziel ist es, disziplinenübergreifend die Kompetenzen zwischen einem Max-Planck-Institut, der Universität Hamburg, dem Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY sowie dem Anwendungszentrum Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) zu bündeln und eine wissenschaftliche Verknüpfung zu schaffen, die in dieser Art nur in Hamburg existierte. Das neue Institut würde zu einem Kristallisationspunkt für die

grundlegende Erforschung neuer Möglichkeiten zur Beobachtung und Manipulation von Materie an bisher unzugänglichen Zeit- und Längenskalen.

Prof. Dr. Helmut Dosch, Vorsitzender des DESY-Direktoriums: „Die greifbar nahe Gründung des neuen Max-Planck-Instituts unterstreicht die internationale Vorrangstellung Hamburgs in der Erforschung von Materialien und Wirkstoffen mittels modernster Röntgen- und Röntgenlaserquellen. Das neue Institut wird diesem zukunftssträchtigen neuen Forschungsgebiet einen weiteren kräftigen Schub verleihen und die besten Wissenschaftler der Welt in die Elbmetropole locken. Wir bei DESY freuen uns auf die künftige verstärkte Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft, mit der wir schon seit vielen Jahren eng verbunden sind.“

Prof. Dr. Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg: „Im Rahmen des CFEL arbeitet die Universität Hamburg seit vielen Jahren eng mit den Kooperationspartnern zusammen und unterstützt mit ihren Professorinnen und Professoren die herausragende wissenschaftliche Arbeit, die dort geleistet wird. Daher freue ich mich, dass die gemeinsame Vorbereitung der Entwicklung eines neuen Max-Planck-Instituts nun in seine finale, hoffentlich erfolgreiche Phase geht.“

Mit insgesamt 17 Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträgern ist die Max-Planck-Gesellschaft die erfolgreichste deutsche Wissenschaftsorganisation. Max-Planck-Institute entstehen nur um weltweit führende Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher und sie stellen im lokalen Umfeld einer Universität durch ihre hohe Reputation sowie ihr einzigartiges Organisationsprinzip einen wesentlichen Standortfaktor für die Wissenschaft und die Wirtschaft dar. So haben Universitäten nachweislich höhere Chancen bei der Einwerbung von Drittmitteln nationaler und internationaler Mittelgeber, wenn Max-Planck-Institute als Kooperationspartner beteiligt sind. Deutlich wurde dies zum Beispiel in der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern, in der Anträge, die gemeinsam von einer Universität und einem Max-Planck-Institut gestellt wurden, eine rund doppelt so hohe Erfolgsrate hatten, wie solche ohne Beteiligung von Max-Planck-Instituten. Darüber hinaus stellt die Max-Planck-Gesellschaft sicher, dass sich die Arbeitsgebiete neuer Institute auf bisher noch nicht an den lokalen Universitäten etablierte Forschungsrichtungen erstrecken. Die Themenschwerpunkte der Max-Planck-Institute werden in der Folge vielfach von den Universitäten aufgegriffen und komplementär ergänzt.

Bei der Neugründung von Max-Planck-Instituten wird von der Max-Planck-Gesellschaft sowie von Bund und Ländern eine Sonderfinanzierung des Sitzlandes für die Unterbringung erwartet. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Max-Planck-Gesellschaft wurde daher signalisiert, dass die Freie und Hansestadt Hamburg im Falle der positiven Entscheidung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts bereit ist, 37 Mio. Euro im Wege der Sonderfinanzierung für das MPG-Gebäude zu leisten. Die heute vom Senat beschlossene Drucksache ist die Basis für einen dazu erforderlichen Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, auf dessen Grundlage eine verbindliche Zusage erfolgen kann.

Für Rückfragen:

Christoph Holstein
Senatssprecher
Tel.: 040428312244

E-Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander von Vogel
Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

21. September 2012/bwf21

Erster Spatenstich für den Erweiterungsbau des Kunst- und Mediocampus Hamburg

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt** hat heute an der Finkenau gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der künftigen Nutzer des Erweiterungsbaus (Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschule für bildende Künste, Hamburg Media School, Miami Ad School, Multimedia Kontor Hamburg und Tide TV/Tide 96.0) mit einem symbolischen ersten Spatenstich die Bauphase für den Erweiterungsbau des Kunst- und Mediocampus Hamburg eingeleitet. Die Planungen für den Erweiterungsbau des Kunst- und Mediocampus Finkenau sind abgeschlossen und das Baufeld ist vorbereitet. Hauptnutzer des 22,2 Mio. Euro kostenden Baus mit 3.600 m² Nutzfläche wird die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) sein.

In ungefähr zwei Jahren werde der seit langem geplante Neubau am Kunst- und Mediocampus Hamburg fertiggestellt, wie **Senatorin Dr. Stapelfeldt** betonte. „Das ist ein weiterer Schritt zur Entwicklung und Stärkung des Kunst- und Mediocampus an der Finkenau. Was nach dem Umbau des denkmalgeschützten alten Schumacher-Baus der Frauenklinik für Zwecke der HAW, für die Hochschule und auch die bisher fehlte, ist dieser Neubau. Ich bin sehr froh, dass es nun endlich mit den Bauarbeiten losgeht.“

In dem Erweiterungsbau entsteht ein Bibliotheks- und Medienzentrum mit studentischen Arbeitsplätzen für die HAW. Zudem beschert der Neubau dem Campus einen neuen Veranstaltungssaal, eine Cafeteria und eine Mensa.

HAW-Präsident Prof. Dr. Michael Stawicki

"Wir freuen uns, dass jetzt der Startschuss für den dringend benötigten Neubau auf dem Kunst- und Mediocampus Hamburg fällt. Der Blick aus dem Fenster der wunderbar umgebauten Klinik wird uns nun täglich den Baufortschritt zeigen, und die Mitglieder der Fakultät Design, Medien und Information der HAW Hamburg werden der Fertigstellung entgegenfiebern. Denn erst dann wird der Kunst- und Mediocampus seine volle Attraktivität entfalten können."

Für Rückfragen:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Norbert König

Tel: 040/42863-3276, E-Mail: norbert.koenig@bwf.hamburg.de

20.09.12/kb20

Kulturbehörde zeichnet gesellschaftliches künstlerisches Schaffen aus **Edwin-Scharff-Preis 2012 geht an den Verein „Ort des Gegen“ zu Ehren von Annette Wehrmann**

Auf Empfehlung der siebenköpfigen Jury hat der Senat in diesem Jahr entschieden, den Edwin-Scharff-Preis im Rahmen eines Stipendiums an den Verein „Ort des Gegen e.V.“ zu vergeben. Der Verein erhält den Preis für die Aufarbeitung des Nachlasses von Annette Wehrmann, die 2010 verstarb.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Es freut mich ganz besonders, das diesjährige Preisgeld dem „Ort des Gegen e.V.“ zu Ehren der Künstlerin Annette Wehrmann zur Verfügung zu stellen. Mit seiner Arbeit leistet der Verein einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung des Wehrmannschen Nachlasses – dem Werk einer herausragenden Künstlerin, die leider viel zu früh verstorben ist, um den Edwin-Scharff-Preis noch zu Lebzeiten zu erhalten.“

Annette Wehrmann, die auch als Autorin tätig war, wurde 1961 in Hamburg geboren und verstarb 2010 während der Vorbereitungen für eine Ausstellung im Essener Folkwang-Museum. Nach ihrem Studium an der Hamburger Hochschule für Bildende Kunst nahm sie in den 90er Jahren teil an der Politisierung der Kunst und sah ihr künstlerisches Arbeitsfeld zunehmend im öffentlichen Raum. 1993 startete sie mit der Aktion „Sprengungen“ einen performativen Angriff auf die Blumenkisten der Hamburger Innenstadt; als Symbol von bürgerlich geordneter Schönheit. Ein Jahr später erhielt sie das Arbeitsstipendium der Hamburger Kulturbehörde.

Der Edwin-Scharff-Preis zählt zu den traditionsreichen Auszeichnungen des Hamburger Senats und ist seit mehr als 55 Jahren ein unentbehrliches Instrument zur Förderung von bedeutenden Bildenden Künstlern. Der Preis ist mit 7.500 Euro dotiert. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderem Ulrich Rückriem, Franz Erhard Walther, Anna und Bernhard Blume und Daniel Richter.

Die offizielle Verleihung des Preises findet am 5. November 2012 in der Galerie der Gegenwart der Hamburger Kunsthalle statt. Anlässlich der Verleihung zeigt der Verein „Ort des Gegen“ die Ausstellung Annette Wehrmann: „Gehirn und Geld“ in der Hamburger Kunsthalle vom 6. November 2012 bis 27. Januar 2013.

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207
pressestelle@kb.hamburg.de

20.09.2012/kb20a

„Eingangstor in den deutschen Musikmarkt“

Kulturbehörde würdigt Bedeutung des Reeperbahn Festivals

Unter der Überschrift „Soundcheck Hamburg“ haben die Kulturbehörde, die Hamburg Tourismus GmbH und die Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft (IHM) heute Vertreter aus Politik, Verwaltung und Musikbranche zu einem Empfang eingeladen. Pünktlich zum Start des Reeperbahn Campus am Donnerstagmittag trafen sich rund 60 Gäste im Jazz Café an der Reeperbahn 1.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Musikbranche steht seit dem Auftakt im Jahr 2006 hinter dem Reeperbahn Festival. Inzwischen hat sich das Reeperbahn Festival mit seinen Sparten Music, Campus und Arts zum Eingangstor in den deutschen Musikmarkt und damit auch zur wichtigsten Musikveranstaltung ihrer Art in Deutschland entwickelt.“

Thorsten Kausch, Geschäftsführer Hamburg Tourismus GmbH: „Das Festival hat sich zur Speerspitze des modernen und urbanen Hamburgbildes entwickelt und trägt damit international zur Attraktivität der Metropole bei.“

Alexander Maurus, Vorstand der Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft: „Von Beginn an hat die IHM das Reeperbahn Festival unterstützt, insbesondere in seiner Verbindung von Konsumenten- und Branchenfestival. Wir freuen uns deshalb über die Entwicklung des Reeperbahn Festivals hin zu einem der wichtigsten Branchenevents Europas.“

Kulturbehörde und Hamburg Tourismus unterstützen das Reeperbahn Festival von städtischer Seite, die IHM vertritt einen großen Teil der Hamburger Musikbranche. Bereits am gestrigen Mittwoch hatte Kultursenatorin Professor Barbara Kisseler zu einem nichtöffentlichen Meinungsaustausch über die aktuelle Situation der Musikwirtschaft ins Gästehaus des Senats eingeladen.

Zum Kreis der Branchenvertreter zählten unter anderem Marc Chung vom Verband unabhängiger Musikunternehmen, Konzertveranstalter Karsten Jahnke, Michael Bisping vom Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft. Ebenfalls dabei waren Andrea Rothaug als Präsidentin des Bundesverbands Populärmusik, Karsten Schölermann, Vorstandsvorsitzender der Livemusik Kommission, der bundesweiten Vertretung der Musikclubs, sowie Alexander Schulz und Detlef Schwarte vom Reeperbahn Festival/Reeperbahn Campus.

Internationale Vertreter waren Milli Millgate aus Australien, Peter Jenner und Ben Challis aus England sowie Ruud Berends aus den Niederlanden.

In entspannter Atmosphäre tauschten sich die Gäste zu wichtigen Fragestellungen in der internationalen und hiesigen Musikwirtschaft aus. Dabei ging es unter anderem um die Situation der Livemusik-Clubs in Deutschland und um die internationale Festivallandschaft. Außerdem wurde über die Marktkonzentration

in der Musikindustrie gesprochen sowie der Umgang der europäischen Musikbranche mit der digitalen Wirtschaft diskutiert.

Hintergrund zum Festival

Das Reeperbahn Festival findet seit 2006 in Hamburg statt, 2009 wurde es mit dem Reeperbahn Campus zum vollwertigen Branchentreff ergänzt. Inzwischen ist das Reeperbahn Festival mit seinen Sparten Music, Campus und Arts das Eingangstor zum deutschen Musikmarkt und damit auch die wichtigste Musikveranstaltung ihrer Art in Deutschland. Die inzwischen siebte Ausgabe des Festivals wurde am gestrigen Mittwoch von Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet. Das Festival wird gefördert aus öffentlichen Mitteln der Hamburger Kulturbehörde, von Hamburg Tourismus und vom Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung.

Für Rückfragen:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
040 / 42824 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

20.September.2012/pr20

Scholz gratuliert „Bundesverband Audiovisuelle Medien“ zu dessen 30-jährigem Bestehen

Senatsempfang: Bürgermeister lobt Verdienste in den Bereichen Markterschließung, Jugendmedienschutz und Filmförderung

Im Rahmen eines Senatsempfangs hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz dem Bundesverband Audiovisuelle Medien zu dessen 30-jährigen Bestehen gratuliert. „Hamburg hat eine lebendige, leistungsfähige Medienwirtschaft sowie ein gesellschaftliches und politisches Umfeld, das den Wert der Medien zu schätzen weiß“, sagte der Erste Bürgermeister. Ohne die konstruktive Mitwirkung des Verbandes in den Bereichen Markterschließung, Jugendmedienschutz und Filmförderung wäre der audiovisuelle Mediensektor nicht nur in Hamburg sondern in ganz Deutschland erheblich ärmer. Der Verband vertritt die Interessen der maßgeblichen Video-Programmanbieter in Deutschland.

Zwar gebe es in der Hansestadt erheblich mehr Redaktionen als Sitze von Bundesverbänden der Medienwirtschaft. „Umso mehr freue ich mich aber, dass der zentrale Verband der deutschen Videowirtschaft seit nunmehr 30 Jahren hier in Hamburg beheimatet ist“, sagte Scholz. Er nutzte die Gelegenheit, um die Stärke des Medienstandorts Hamburg herauszustellen: „Hamburg ist nicht auf einen Bereich der Medien konzentriert. Nirgendwo sonst in Deutschland ist die Medienwirtschaft auf hohem Niveau so breit aufgestellt wie hier bei uns – mit leistungsstarken Unternehmen über alle Zweige des Medien- und Kreativschaffens hinweg. Allein die Veranstaltungen der letzten und der kommenden Wochen zeigten, dass die Medien- und Kreativwirtschaft in Hamburg eine gute Heimat hat.“

Scholz erwähnte die Entscheidung des Art Directors Club, sein anerkanntes, mehrtätiges ADC-Festival in den Jahren 2013 bis 2015 in Hamburg veranstalten zu wollen. Anfang September hätten öffentlich-rechtliche und private Radiosender gemeinsam im Hamburger Hafen die besten Jahresleistungen des Hörfunks mit dem Deutschen Radiopreis prämiert. Vergangene Woche habe die vierte Auflage des international beachteten Harbour-Front-Festivals mit Bestsellerautoren und rund 80 Veranstaltungen zu den Themen Buch und Literatur begonnen. Und am Vorabend des Senatsempfangs habe auf dem Kiez

das Reeperbahnfestival begonnen, das international bedeutendste Branchentreff der Rock- und Pop-Musik in Deutschland. – „Hier ist ganz schön was los in der Medien- und Kreativwirtschaft“, sagte Scholz.

Er gratulierte den Repräsentanten des Verbandes und allen Mitgliedern zu 30-jährigen Bestehen – verbunden mit dem Wunsch, dass der Verband seine wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Arbeit noch lange von hier aus fortsetzen möge. Besonders dankte Scholz dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Joachim Birr für dessen Verdienste um die deutsche Film- und Videowirtschaft – „auch und gerade für die Treue zu Hamburg und die Unterstützung hiesiger Projekte und Strukturen.“

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

18. September.2012/pr18

„Hamburg ist stolz auf Sie!“

Senatsempfang: Bürgermeister Scholz und Sportsenator Neumann empfangen Hamburger Paralympioniken im Rathaus

Bei einem Senatsempfang im Hamburger Rathaus haben Bürgermeister Olaf Scholz und Sportsenator Michael Neumann die Leistungen der Hamburger Athletinnen und Athleten bei den Paralympics in London gewürdigt. „Die zwölf Tage in London waren etwas Besonderes. Das betrifft die großartige Ausgestaltung der Wettbewerbe. Das betrifft aber auch den Publikumszuspruch an den Wettkampfstätten und das Interesse der Medien. Die zwölf Tage in London waren Ihre Tage. Sie waren Teil eines Ereignisses, das Sportgeschichte geschrieben hat. Hamburg ist stolz auf Sie“, sagte Scholz.

Die Bilanz der Hamburger Paralympioniken sei beeindruckend, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister weiter: Gold für Edina Müller und Maya Lindholm im Rollstuhlbasketball, Silber für Kai-Kristian Kruse im Rudern, für Heiko Kröger beim Segeln und Dorothee Vieth im Handbike-Zeitfahren, die obendrein noch Bronze beim Handbike-Straßenrennen gewann. „Ich hoffe, dass sich der Blick auf Menschen mit Behinderung durch die herausragenden Leistungen der Sportlerinnen und Sportler verändern wird und wir allmählich dahin kommen, die Kompetenzen behinderter Menschen stärker zu berücksichtigen“, sagte die Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner.

Deutschland lag mit 66 Medaillen in diesem Jahr auf Platz 8 des Medaillenspiegels. „Noch bedeutsamer“, so Bürgermeister Scholz, „finde ich den positiven Schwung, der von den Paralympics für den Behindertensport ausgeht. Die Sportlerinnen und Sportler werden inzwischen als Spitzensportler gesehen, ohne dass ihre Behinderung im Vordergrund steht. Ihre Leistungen erfahren endlich die angemessene Anerkennung.“

Sportsenator Neumann betonte, Hamburg lägen alle Sportlerinnen und Sportler am Herzen: ob mit oder ohne Handicap, ob Leistungs- oder Breitensportler. Das spiegele sich auch in der Förderung wieder. „Die Dekadenstrategie will auch dafür sorgen, dass in Hamburg jeder und jede Sport treiben kann - den eigenen Bedürfnissen und dem persönlichen Ehrgeiz entsprechend“, sagte Neumann. Scholz betonte, ein modernes Sportverständnis sehe im Sport mehr als das Streben nach „höher, schneller, weiter“: „Wir

wertschätzen und fördern die gesellschaftliche Aufgabe, die der Sport erfüllt – unter dem Motto ‚miteinander, tolerant, ohne Grenzen und überall‘.“

Hamburgs Sportpolitik trage die Überschrift „Vom Kindergarten zum Olympiasieger“. – „Wir sichern die Bedingungen für Leistungssport. Sie, die Athletinnen und Athleten, sind die greifbaren Vorbilder, die dem sportlichen Streben nach Leistung und Erfolg ein Gesicht geben. Und ganz nebenbei werben Sie auf besonders sympathische Weise für Hamburg“, sagte der Erste Bürgermeister.

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

und

Behörde für Inneres und Sport,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 040-42839-2673,
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de

19. September 2012 / bis 19

Verleihung des Uwe-Seeler-Preises 2012 für vorbildliche Förderung des Jugendfußballs

Sportsenator Michael Neumann: „Wer morgen erfolgreich sein will, muss sich heute anstrengen.“

Im Rahmen eines Empfangs im Rathaus hat der Senat am Mittwoch den Uwe-Seeler-Preis verliehen. Mit der Auszeichnung wurden zum 26. Mal Vereine gewürdigt, die sich um den Jugendfußball im Bereich des Breiten- und Leistungssports besonders verdient gemacht haben.

Sportsenator Michael Neumann hat den Preis gemeinsam mit Hamburgs Ehrenbürger Uwe Seeler, dem Präsidenten des Hamburger Fußball-Verbands Dirk Fischer und dem Vorsitzenden des Verbands- und Jugendausschusses des HFV Christian Pothe im Bürgermeistersaal des Rathauses übergeben.

Wie im Vorjahr hat das Preisrichtergremium entschieden, das Preisgeld auf zwei Sieger zu teilen: Preisträger sind der **Sportverein Bergstedt von 1948 e. V.** und der **Glashütter Sport-Verein von 1924 e. V.** Beiden Vereinen gelingt es, trotz schwieriger Rahmenbedingungen viele Mannschaften im Juniorenbereich aufrechtzuerhalten. Der SV Bergstedt (3.000,- €) hat derzeit neun Mannschaften im Junioren-Spielbetrieb; die A-Junioren spielen zurzeit in der Landesliga, der zweithöchsten Spielklasse in Hamburg. Der Glashütter Sport-Verein von 1924 e. V. (2.000,- €) hat sogar 14 Mannschaften bietet für alle Altersklassen im Fußball eine Spielmöglichkeit.

Sportsenator Michael Neumann: „Wer morgen erfolgreich sein will, muss sich heute anstrengen. Das tun die beiden Vereine in außerordentlicher Weise. Sie haben die Auszeichnung rundum verdient, herzlichen Glückwunsch!“

Hamburgs Fußballidol und **Ehrenbürger Uwe Seeler** hat auch in diesem Jahr an der Preisverleihung teilgenommen: „Den Vereinen kann gar nicht genug für ihren großen Einsatz im Jugendbereich gedankt werden. Denn nur ein gut ausgebildeter Nachwuchs sichert eine erfolgreiche Zukunft.“

HFV-Präsident Dirk Fischer: „Der Hamburger Fußball-Verband ist stolz auf die engagierte Nachwuchsarbeit in den Vereinen, die sich kontinuierlich den unterschiedlichen Situationen in ihren jeweiligen Quartieren stellen und stets an Lösungen arbeiten. Beispielhaft hierfür sind der SV Bergstedt

von 1948 e.V. und der Glashütter SV von 1924 e.V., denen ich herzlich zum Gewinn des Uwe-Seeler-Preises 2012 gratuliere.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040-42839-2673, E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde und www.sportamt.hamburg.de

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

PRESSEINFORMATION

Projekt im Harburger Binnenhafen macht weiteren Etappenschritt

Investor für IBA-Projekt „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ steht fest

Für das IBA-Projekt „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ ist mit der Entscheidung für den Investor und Bauherrn nun der wichtige Schritt für die Realisierung des Projektes gesetzt.

Die Behrendt Wohnungsbau KG (GmbH & Co.) wird auf dem städtischen Grundstück zwischen Harburger Schloßstraße und dem Kaufhauskanal bis Ende 2014 im ersten Bauabschnitt 60 Wohnungen realisieren. Der Baubeginn soll im Sommer 2013 erfolgen. Umgesetzt wird der Entwurf der Bjarke Ingels Group, BIG aus Kopenhagen, der bei einem im Jahr 2009 durchgeführten Gutachterverfahren einstimmig zum Sieger prämiert wurde. Insgesamt werden am Kaufhauskanal 130 Wohnungen gebaut.

Mit dem Projekt wagt das Hamburger Wohnungsbauunternehmen Behrendt Wohnungsbau den „Sprung“ über die Süderelbe und in den Bezirk Harburg.

Hamburg, 21. September 2012/iba21 – „Die idyllische Lage am Kaufhauskanal und die Nachbarschaft zum Channel Harburg vis à vis der Harburger Altstadt begeistern uns. Mit ihrem schachbrettartigen städtebaulichen Entwurf und ihrer skulpturalen Formensprache gelingt es den dänischen Architekten, die Nachbarschaft der alten, windschiefen und denkmalgeschützten Fachwerkhäuser auf beeindruckende Weise neu zu interpretieren und den traditionsreichen und aufstrebenden Harburger Binnenhafen um eine weitere Attraktion zu bereichern“, sagte **Dr. Jan Behrendt, Behrendt Wohnungsbau KG**.

„Ich freue mich und bin zudem stolz, dass die IBA dieses Projekt trotz der widrigen Rahmenbedingungen realisieren kann. Dies ist der Unterstützung des Helms-Museums und der außerordentlich guten Zusammenarbeit mit den Behörden geschuldet. Finanzbehörde Immobilienmanagement, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und das Bezirksamt Harburg haben hier gemeinsam viele Stolpersteine aus dem Weg geräumt und das Projekt nun auf den Weg gebracht. Mit der Behrendt Wohnungsbau KG (GmbH & Co.) haben wir einen kompetenten und verlässlichen Partner gefunden, in dessen Händen wir das für Harburg so wichtige Projekt gerne legen wollen“, so **Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg**.

Bis Ende 2014 entstehen im ersten Bauabschnitt des IBA-Projekts „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ 60 Wohnungen mit einer Bruttogeschossfläche von rd. 7.000 m². Der Baubeginn soll im

Sommer 2013 erfolgen. Schon jetzt finden auf dem Baufeld vorbereitende archäologische Grabungen sowie die Kampfmittelsondierung statt. Auch der zweite Bauabschnitt wird ab 2014 durch die Behrendt Wohnungsbau KG (GmbH & Co.) realisiert.

Finanzstaatsrat Jens Lattmann erklärte: „Hamburg springt über die Elbe - und die Finanzbehörde ist dabei. Wir freuen uns sehr, dass das städtische Grundstück am Kaufhauskanal einem verlässlichen Investor anhand gegeben werden konnte, welcher im Rahmen der IBA ein Wohnungsbauvorhaben mit insgesamt 130 Wohnungen verwirklichen wird. Der Weg bis hierhin war nicht immer leicht, aber der Harburger Binnenhafen als historische Keimzelle Harburgs hat es verdient, dass alle Beteiligten mit Engagement, Geduld und Ausdauer an der Umsetzung des Projekts und der Entwicklung der Potenziale des Harburger Binnenhafens festgehalten haben. Wir hoffen, dass dieser Schritt nur der Erste von mehreren sein wird, der den Harburger Binnenhafen zusammen mit der Entwicklung der Harburger Schloßinsel behutsam in ein modernes und lebendiges Wohn- und Arbeitsquartier verwandelt.“

Für den Harburger Binnenhafen ist diese Projektentwicklung von besonderer Bedeutung. Das Projektgebiet „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ liegt an der historischen Harburger Schloßstraße und verbindet die Harburger Schloßinsel mit der Harburger City. Nach der neuen Wohnbebauung auf der benachbarten Schloßinsel wird der momentan vor allem als Bürostandort genutzte südliche Teil des Binnenhafens zu einem urbanen, quirligen und abwechslungsreichen Gebiet mit Büro- und Wohnnutzungen.

Aufgrund seiner ambitionierten Architektur und seiner Lage an einem historisch bedeutsamen Ort kommt diesem Wohnprojekt eine Sonderrolle zu.

Thomas Völsch, Bezirksamtsleiter Harburg, sagte: „Die positive Entwicklung der Keimzelle Harburgs mit seiner Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Industrie wird sich mit diesem Projekt weiter fortsetzen. Hier verbindet sich die Geschichte Harburgs mit der Gegenwart und schafft ein attraktives Wohnquartier in innenstadtnaher Lage.“

Direkt am Kaufhauskanal im Harburger Binnenhafen befindet sich das städtische Grundstück, das nun zu einem attraktiven Wohnquartier in maritimer Umgebung entwickelt wird. Der Entwurf der Bjarke Ingels Group, BIG aus Kopenhagen, die den Siegerentwurf in Zusammenarbeit mit dem Büro Topotek 1 Landschaftsarchitekten aus Berlin erarbeiteten, sieht ein Dutzend kubenhafte Wohnhäuser mit ungewöhnlicher Dachform und verschiedenförmigen Freiräumen zwischen Kanal und historischen Fachwerkhäusern vor.

Um die an der Harburger Schloßstraße liegenden erhaltenswerte und zum Teil denkmalgeschützte Gebäude in das Quartier mit einzubeziehen, wird die Schachbrettstruktur über die gesamte Baufläche

gelegt. Bebaute Flächen können sich so mit unterschiedlichen Freiräumen abwechseln – es entstehen öffentliche, frei zugängliche Räume am Wasser und private oder halböffentliche Räume im Inneren.

Auf der schachbrettartigen Grundstruktur entstehen architektonisch innovative Wohnbauten: An die Stelle des klassischen Satteldachs tritt ein Satteldach mit einem diagonal über die Gebäudegrundfläche verlaufenden First. Die Dachflächen richten sich dabei zur Sonne aus, was maximale Energiegewinne erzielen lässt. Die hohen Kanten des Gebäudes richten sich wiederum zu den lärmbelasteten Seiten und bieten so maximalen Lärmschutz.

Auf der benachbarten Harburger Schloßinsel realisiert die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg drei weitere Wohnungsbauvorhaben mit über 200 Wohnungen, einen Park, zwei öffentliche Plätzen und eine Fußgängerbrücke über den Lotsekanal.

Aktuelles Bildmaterial und Visualisierungen finden Sie unter folgendem Link:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Code: znAQTgiR

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Kristina Hödl, Leiterin Stabsstelle Presse, kristina.hoedl@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse,

anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter